

Detlev Preuße

# Umbruch von unten

Die Selbstbefreiung Mittel- und Osteuropas  
und das Ende der Sowjetunion

---

Umbruch von unten

---

Detlev Preuße

# Umbruch von unten

Die Selbstbefreiung Mittel- und Osteuropas und das Ende der Sowjetunion

Detlev Preuße  
Sankt Augustin, Deutschland

ISBN 978-3-658-04971-3  
DOI 10.1007/978-3-658-04972-0

ISBN 978-3-658-04972-0 (eBook)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2014

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

*Lektorat:* Frank Schindler, Stefanie Loyal

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist eine Marke von Springer DE. Springer DE ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.  
[www.springer-vs.de](http://www.springer-vs.de)

---

# Inhalt

<b>Einführung</b>	9
<b>Erster Teil</b>	
»What's past is prologue«	31
1 Polen in der Nachkriegszeit	31
2 Die frühen sechziger Jahre in Polen	40
3 Dissidenz und früher nationaler Protest in der UdSSR	42
<b>Zweiter Teil</b>	
<b>Vor Helsinki</b>	61
1 »1968« und die Folgen	61
2 Die »baltische Frage«	81
3 Menschenrechte und politische Dissidenz in der Sowjetunion vor 1975	85
4 Im »Westen« Neues	94
<b>Dritter Teil</b>	
<b>»Helsinki« und die Folgen</b>	97
1 Neue Hoffnung im alten Rahmen	97
2 Polen nach »Helsinki«	106
3 Die UdSSR nach »Helsinki«	114
4 Neue Unruhe im sozialistischen Lager nach »Helsinki«	126
5 Der Papst aus Polen	157
6 Sprachenpolitik in der UdSSR	160
7 Die Herausforderung durch das sowjetische Imperium	162

## Vierter Teil

<b>Umbrüche in Asien – Aufbruch in Europa</b>	167
1 Peking – Teheran – Mekka – Kabul – Moskau – Danzig	167
2 Danzig: Der Anfang vom Ende des Staatssozialismus in Europa	175
3 Die kommunistische Militärdiktatur – Ende oder Anfang einer Zivilgesellschaft?	204
4 Kriegsrecht in Polen – Westliche Reaktionen, östliche Aktionen	208
5 Frieden ohne Freiheit? – Divergenzen Ost-West	217
6 Menschenrechtsbewegung, Friedensbewegung, Strategiewechsel der USA	226
7 Mitteleuropa	238

## Fünfter Teil

<b>Gorbatschow unter anderem</b>	247
----------------------------------	-----

## Sechster Teil

<b>Die atomare Zäsur</b>	273
1 Tschornobyl und Folgen	273
2 Protest jenseits von Tschornobyl	280
3 Nationale Formierungen – 1987	291

## Siebenter Teil

<b>1988 – »Vorfrühling«</b>	331
1 Das Erwachen Mitteleuropas	331
2 Nationale Frühlingsluft im Baltikum, nationaler Sturm im Südkaukasus	340
3 Der neue Anlauf der <i>Solidarność</i>	354
4 Die »baltische Frage« wurde neu aufgerollt – Volksfronten	363
5 Annäherung in Polen, Differenzierung im Baltikum	382
6 Autonomie – Souveränität – Unabhängigkeit	405

## Achter Teil

<b>1989 – »annus mirabilis«</b>	419
1 Bewegung in Polen und Ungarn – Erstarrung in der ČSSR und DDR	419
2 Okrągły Stół: Die Mutter der Runden Tische	431
3 Wahlen in der Sowjetunion, Demonstrationen in China, Entscheidung in Ungarn	446
4 Debatten in Moskau, Demonstrationen und Massaker in Peking, die »Abwahl des Jahrhunderts« in Warschau	465
5 Ungarn auf dem Weg nach Westen	478
6 Die Ausreisewelle. Die Delegitimation des DDR- und des ČSSR-Regimes	486

7	Der drohende Zerfall des inneren und äußeren Imperiums der Sowjetunion . . . . .	502
8	Die Demonstrationswelle . . . . .	507
9	Die Gründungswelle . . . . .	513
10	Das DDR-Regime wurde abgefeiert – Die »Wende« . . . . .	529
11	Der 9. November 1989 . . . . .	547
12	ČSSR – Die Revolution der Nicht-Normalisierten . . . . .	556
13	Programme, Runde Tische, Gipfel – Suche nach neuen Wegen in Europa . . . . .	572
14	Bulgarien, Rumänien – Revolutionen besonderer Art . . . . .	586

## Neunter Teil

<b>1990</b>		597
1	Gewalt im Kaukasus, Reisediplomatie in Europa und die »deutsche Frage«	597
2	Die Republiken hatten die Wahl – Litauen entschied sich, das Imperium zerfiel	616
3	Die Wahl der DDR, die Sowjetführung kümmerte sich um die Republiken	624
4	Litauen und der »Zwei-plus-Vier«-Prozess	637
5	Ein Deutschland – Ein Bündnis?	645
6	Der XXVIII. Parteitag der KPdSU – Das Treffen im Kaukasus – Die Ukraine	656
7	Die Ruhestörung der internationalen Politik und die Fortsetzung der Souveränitätsparade in der UdSSR	664
8	Die Vollendung der Einheit Deutschlands und der Auflösungsprozess der UdSSR	670

## Zehnter Teil

<b>1991</b>	687
1 Das Imperium schlug zu	687
2 Das Referendum ohne Referenz – Die Agonie der Union	696
3 Der Selbstmord des Regimes, der Zerfall der Union, Gorbatschows Abtritt	709

Anmerkungen . . . . .	727
Literaturverzeichnis . . . . .	803
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	831
Personenverzeichnis . . . . .	837
Sachregister . . . . .	859
Chronologie . . . . .	881

---

## Einführung

Im Oktober 1989 schien die bipolare Welt des Ost-West-Konfliktes für die Mehrheit der Westdeutschen noch insofern intakt, als sie die Teilung Deutschlands und damit auch die Teilung Europas für unüberwindlich hielt. Die Bundesbürger wurden durch die Ereignisse in der DDR völlig überrascht. Dieses galt gleichfalls für die professionellen Analytiker und die politischen Eliten der Bundesrepublik. Der DDR-Oppositionelle Ehrhart Neubert beschrieb in seinem Buch »Die Geschichte der Jahre 1989/90« die damalige Situation mit zutreffendem Sarkasmus: »Die westdeutsche politische Klasse saß im Oktober an den Fernsehapparaten. Niemand hatte mit dieser Entwicklung in der DDR gerechnet.« [1]

Ilko-Sascha Kowalczyk ist in dem Buch »Endspiel – Die Geschichte der Revolution von 1989 in der DDR« in der kritischen Bewertung damaliger Haltungen noch eindeutiger, zumal er auch die Zählebigkeit politischer Mythen thematisierte. Kowalczyk schrieb: »Im Frühsommer 1989 glaubten die meisten bundesdeutschen Kommentatoren und Intellektuellen, dass die DDR ›trotz alledem‹ stabil sei, obwohl die politische Legitimation des Regimes nun häufiger in Frage gestellt wurde. Kaum jemand, und schon gar nicht in den meinungsbildenden Foren, hinterfragte das kommunistische Macht- und Herrschaftsprinzip. Gorbatschow legitimierte es auch im Westen auf eine neue Weise, die bis heute fortwirkt. Kanzler Kohl, Außenminister Genscher und viele andere sprechen noch immer von ihm, als wäre er jemals demokratisch legitimiert gewesen.« [2]

Das Wahrnehmungsvermögen für sich abzeichnende Veränderungen in der Mitte und im Osten Europas war bei vielen Westdeutschen durch die jahrzehntelange Teilung des Kontinents blockiert. Aufgrund ihrer Kenntnis des kruden DDR-Regimes und der Erfahrungen mit der offensiven Politik der UdSSR, war ihnen klar, dass eine Änderung der politischen Strukturen in der Mitte Europas zwar gewünscht, nicht jedoch erwartet werden konnte.

Mangelnde Vorstellungskraft hinsichtlich der Möglichkeiten von Veränderungen war jedoch kein exklusiv westdeutsches Phänomen. Ludwig Mehlhorn, früherer Dissi-



dent und Mitgründer der Bürgerbewegung *Demokratie Jetzt*, hat dies gleichermaßen für die Oppositionsbewegung in der DDR festgestellt: »Niemand vermochte sich den Zusammenbruch des Kommunismus so vorzustellen, wie er dann tatsächlich eintrat. Die Erosion der geistigen Ausstrahlung des Marxismus-Leninismus war überdeutlich, der wirtschaftliche Niedergang nahm seinen Lauf, und die Umweltkatastrophe war sichtbar genug. Eine Epoche war in ihr Endstadium getreten. Aber die beinahe kampflose Preisgabe des Machtmonopols der SED lag außerhalb unseres Vorstellungsvermögens, weil wir uns nicht vorstellen konnten, dass die Sowjetunion – auch unter Gorbatschow – ihre Hegemonie über Ost- und Mitteleuropa ohne Krieg beenden würde.« [3]

Bei vielen Bundesbürgern und auch bei einer großen Zahl bundesdeutscher Politiker war sogar der Wunsch nach Überwindung der Spaltung verdrängt. Für sie war die Teilung Deutschlands die Garantie für Stabilität und Frieden in Europa.

Nachfolgend nenne ich zwei exemplarische Fehleinschätzungen und Irrtümer westdeutscher Politiker. [4] Es sind speziell ausgewählte Beispiele, die zeitlich besonders nahe an den eindrucksvollen Ereignissen des Herbstes 1989 liegen:

Im Mai 1989 bezeichnete Klaus Bölling, langjähriger Regierungssprecher der sozial-liberalen Koalition und 1981/1982 Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in der DDR, im Reichstagsgebäude auf einer Veranstaltung anlässlich des 40. Jahrestages der Verkündung des Grundgesetzes den Bezug auf das Vereinigungsgebot der Präambel des Grundgesetzes als »Wiedervereinigungsphraseologie«. [5] In dem Artikel »Deutsche Einheit? Deutsche Zweiheit!« der Wochenzeitung *Die Zeit* wiederholte er am 2. Juni seine Aufforderung, das Gebot nach Vollendung der deutschen Einheit aus der Präambel des Grundgesetzes zu streichen.

Noch im Juli 1989 äußerte der SPD-Politiker und damalige EKD-Kirchentagspräsident Erhard Eppler beim »STATT-Kirchentag« in der Lukasgemeinde in Leipzig, ausgerechnet in Leipzig: »Die Mauer gehört zur Statik des europäischen Hauses«. [6] Von besonderer Bedeutung für die Einschätzung der Rede Epplers ist ein Hinweis auf die Teilnehmerschaft jener Veranstaltung. Der »STATT-Kirchentag« hatte ungefähr 2 500 Teilnehmer. Unter den Teilnehmern befanden sich 1 000 Oppositionelle, die aus allen Teilen der DDR kamen.

Neben der in der öffentlichen Meinung vorherrschenden Einstellung zur »deutschen Frage« gab es zumal bei CDU und CSU Akteure, die am Ziel der Einheit Deutschlands festhielten. Aber auch sie wurden von den Ereignissen überrascht, wie noch 2011 Janusz Sawczuk in seiner Genese der deutschen Einheit darstellte. [7]

Auch in Polen wurde ein Ausbrechen aus den Strukturen der sowjetischen Vorherrschaft für unrealistisch gehalten. – Diese Fehleinschätzung ist besonders gewichtig, da der nach den Vereinbarungen des Warschauer Runden Tisches ab Sommer 1989 sich ereignende Umbruch in Polen auch für die Entwicklung der anderen Staaten Mitteleuropas höchst bedeutsam war. – So schrieb der Historiker und Publizist Andrzej Micewski Ende 1987 in der Wochenzeitung *Die Zeit*, dass der Westen sein Land nicht zwingen könne, gesellschaftlichen Pluralismus zuzulassen »weil der Verlust Polens für die UdSSR auch den Verlust der DDR und ganz Osteuropas bedeuten würde.« [8]

Dies war gängige Meinung fast aller Kommentatoren, auch in Westeuropa. Es ist zu-

zugestehen, dass der These eine hohe Plausibilität zukam. Die These hat sich letztlich auch als zutreffend erwiesen.

Aus räumlicher Distanz betrachtet wurden die Ereignisse und Prozesse, die zur Beendigung der Teilung Europas führten, von einigen Analytikern offenbar deutlich früher wahrgenommen. Allan E. Goodman schilderte in seinem Buch »A Brief History of the Future«, wie er bei einem Workshop an der School of Foreign Service der Georgetown University Anfang Oktober 1989 vor »scholars from West Germany« – es waren Stipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung – mit seiner Prognose des bis zum Ende des Jahrhunderts erfolgenden Falls der Berliner Mauer und der Vereinigung Deutschlands auf ungläubiges Erstaunen stieß. [9] Auch mir, Leiter jener Stipendiatengruppe, wurde die ganze Dramatik des revolutionären Wandels dann erst am Abend des 9. November 1989 etwas klarer. Aber selbst an diesem unvergesslichen Abend war mir und sicherlich der großen Mehrheit der Deutschen nicht vorstellbar, was dann 1990 und 1991 tatsächlich geschah.

Trotz einer distanzbedingt besseren Übersicht von Vorgängen in Europa verbleibt auch bei amerikanischen Politologen die Überraschung über Dimension, Geschwindigkeit und Form der Veränderungen. Mark Kramer brachte dies zum Ausdruck in seinen 2003, 2004 und 2005 im *Journal of Cold War Studies* publizierten Beiträgen »The Collapse of East European Communism and the Repercussions within the Soviet Union«. Kramer schrieb: »Never before has rapid social change of this magnitude occurred with so little violence. The peaceful collapse of Communism in Eastern Europe seemed implausible until it actually happened.« [10]

Die folgende Darstellung ist der Versuch, mit zeitlicher Distanz von mehr als zwanzig Jahren die Vorgänge zu ordnen und Zusammenhänge aufzuzeigen. Mit diesem Beitrag sollen auch Fragen für weitergehende Forschungen aufgeworfen werden. Diese Arbeiten sind aus meiner Sicht dringend erforderlich, denn trotz der mittlerweile unübersehbaren Fülle an Literatur zum Umbruch der europäischen Politik, zur Transformation ehemals sozialistischer Systeme und zum Auseinanderbrechen der UdSSR, blieben viele Fragen unbeantwortet oder wurden nur unzureichend aufgearbeitet. Diverse Zusammenhänge sind meines Wissens bislang allenfalls ansatzweise thematisiert und analysiert worden.

Einige Fragen sollen einleitend hervorgehoben werden:

- Wie konnte die Entwicklung zur Veränderung, wie konnte der Prozess des Aufbrechens der Diktaturen Mitteleuropas fast gleichzeitig und mit dieser Durchschlagskraft entstehen?
- Weshalb räumte die sowjetische Politik fast widerstandslos Positionen, die Grundlage der Dominanz der UdSSR in Mittel- und Osteuropa und somit Basis ihrer Position als globaler Akteur waren?
- Warum erfolgte die Zustimmung der UdSSR zur deutschen Einheit und zur Integration Deutschlands in das westliche Bündnis wider Erwartungen vieler Akteure so schnell und faktisch widerstandslos?
- Warum erfolgten die Umbrüche trotz ihrer Dimension fast ausnahmslos friedlich?

Ähnliche Fragen waren für den amerikanischen Politologen Renée de Nevers Ausgangspunkt seiner 2003 erschienenen Studie »Comrades no More: the Seeds of Change in Eastern Europe«. Seine vergleichende Untersuchung des Umbruchs in den mittel- und osteuropäischen Staaten fokussiert jedoch sehr einseitig die Intentionen und Handlungen der Regimes und nur am Rande die von gesellschaftlichen Gruppen und regimeunabhängigen Akteuren. Andererseits gehen seine Fragestellungen zu den Ursachen der Umbrüche völlig angemessen von der Diffusion und Interaktion internationaler und nationaler Faktoren aus. »The changes that occurred in Eastern Europe in 1989 can only be fully understood by examining the interaction of international influences and domestic factors.« [11]

Die Frage zur Position der UdSSR hinsichtlich der Wiedervereinigung und der Transformation in den anderen mittel- und südosteuropäischen Staaten stellte Jacques Lévesque in seiner 1997 erschienenen Studie »The Enigma of 1989: The USSR and the Liberation of Eastern Europe«. [12] »Das Rätsel von 1989« versuchte er durch Analyse der Konzeption und Politik Gorbatschows zu lösen. Bezogen auf Gorbatschows Reformprojekt fragte Lévesque: »How could a political undertaking produce results that were so manifestly contrary to its architects' objectives and interests, without these architects themselves using their full range of powers to end the process?« [13]

Obwohl Lévesque feststellte, dass die Außenpolitik Gorbatschows weitgehend eine Ableitung der innenpolitischen Situation war [14], wird von ihm die hochdynamische Entwicklung der Nationalitätenfrage in der Sowjetunion nur am Rande erwähnt.

Wir müssen zudem problematisieren, warum gerade die für viele externe Beobachter so stabil wirkende DDR innerhalb kürzester Zeit kollabierte. Es waren insbesondere Politiker und Publizisten aus der Bundesrepublik, die von einer unumstößlichen Stabilität der DDR ausgingen. Auch war für viele Analytiker die Stabilität der DDR Teil der Stabilität Mittel- und Osteuropas, Resultat der von der angeblich in sich stabilen Sowjetunion dauerhaft bestimmten Nachkriegsordnung des Halbkontinents.

Der Entwicklung in der DDR im Verlauf der Jahre 1989 und 1990 wird auch in dieser Arbeit starke Beachtung geschenkt; sie wird jedoch nicht so sehr in den Mittelpunkt gestellt wie in Kowalczyks Publikation »Endspiel«. Kowalczyk möchte mit seinem Buch vorrangig genau dieses soeben erwähnte »Paradoxon erklären: Die scheinbare Stabilität und angebliche Ruhe in der DDR bis 1989 und dann das hohe Tempo des Staats- und Systemzerfalls innerhalb weniger Wochen.« Er wollte zwar zugleich »den Zusammenhang, der die deutsche und europäische Einigung erst möglich machte, (nämlich, D.P.) den gesellschaftlichen Aufbruch in den Ostblockländern« [15] darstellen, blieb diesbezüglich dann jedoch eher bei Bemerkungen am Rande.

Auch Wolfgang Schuller verwies in seiner gekonnt erzählten Darstellung »Die deutsche Revolution 1989« auf den »osteuropäischen Kontext« der Volkserhebung und der Vereinigung Deutschlands und auf die besondere Bedeutung, die die Entwicklung in der Sowjetunion für Deutschland hatte. »Die Revolution in der DDR war auch durch äußere Faktoren bedingt, vor allem durch ihr Verhältnis zur UdSSR und zu den anderen osteuropäischen Staaten. Richtig ist, dass sie nur deshalb stattfinden konnte, weil die Sowjetunion nicht eingriff, jedoch ist dieses nur irreführend. Dass sie nicht ein-

griff, hatte seine Gründe, die denen entsprachen, aus denen der Umsturz in der DDR geschah. Seit geraumer Zeit fand in der UdSSR eine Entwicklung statt, die es ihr in zunehmendem Maße erschwerte, ihr Herrschaftssystem im Inneren aufrechtzuerhalten, geschweige denn die Herrschaft über die ehemaligen Satellitenstaaten in der bisherigen Weise auszuüben. Sie war selbst labil und musste sich um ihre eigene innere Entwicklung sorgen.« [16] Auf diesen »osteuropäischen Kontext« geht Schuller jedoch nur am Rande ein. Der besondere Wert seiner Darstellung liegt in der Fokussierung auf die Akteure der »deutschen Revolution« und auf ihre Motive.

Nicht nur für die Zeit bis 1990 galt Hubertus Knabes in jenem Jahr getroffene Feststellung, wonach »die DDR- und Osteuropaforschung die kritischen Organisationen, Gruppierungen und Einzelpersonen in den Staaten des Warschauer Pakts wegen ihrer marginalisierten Stellung im politischen System ... als weitgehend irrelevante Größe betrachtete.« [17]

Leider kann man sich nicht ganz des Eindrucks erwehren, dass Knabes Diktum auch weiterhin auf einige deutsche Zeithistoriker zutrifft. Karsten Timmer stellte 2000 in seiner Dissertation »Vom Aufbruch zum Umbruch: Die Bürgerbewegung in der DDR 1989« bezüglich politologischer Arbeiten fest, dass »sich das Interesse primär auf die politischen Prozesse der deutschen Vereinigung, auf ihre innere Dynamik und ihre internationalen Rahmenbedingungen (richtet). Dem Protest, der diese Entwicklung erst ermöglichte, widmen die Studien meist jedoch nur cursorische Bemerkungen.« [18]

In vielen Untersuchungen und Monographien, zumal in Politiker-Autobiographien, wird die Bedeutung der Dissidenten und der oppositionellen Gruppierungen in Mitteleuropa für die Entwicklungen zwar erwähnt, aber selten besonders hervorgehoben und ausführlicher behandelt.

Hierfür zwei besonders krasse Beispiele: Im Band 19 der populären Reihe »Die große Chronik Weltgeschichte« mit dem Titel »Das Ende des Ost-West-Konfliktes« kommen die osteuropäischen »Helsinki Gruppen« und die polnische Gruppe KOR nicht vor, so als gehörten sie nicht zu den Bewegern von Politik. [19]

In der weitgespannten Publikation »Deutschland in Europa 1750 bis 2007« von Wolf D. Gruner, für die – allein schon aufgrund des Titels – im Zusammenhang mit der Darstellung der Wiedervereinigung eine Analyse der Entwicklung in den anderen mitteleuropäischen Staaten zwingend gewesen wäre, finden diese parallel verlaufenden Umbrüche kaum statt. Hinsichtlich der Helsinki-Schlussakte von 1975 war Gruner auch Ende 2008 noch der Meinung, dass sich ihre Langzeitwirkung auf die friedliche Revolution in Osteuropa der späten achtziger Jahre nicht abschließend bewerten lässt. Er machte allerdings auch gar nicht erst den Versuch einer mindestens vorläufigen Bewertung. [20] Hierfür hätte er z. B. auf Peter Schlotters 1999 veröffentlichte Habilitationsschrift »Die KSZE im Ost-West-Konflikt« zurückgreifen können oder auf die detaillierte Studie von William Korey »The Promises We Keep. Human Rights, the Helsinki Process, and American Foreign Policy«. [21] Nunmehr kann auch auf die 2011 erschienene Studie von Sarah B. Snyder »Human Rights Activism and the End of the Cold War – A Transnational History of the Helsinki Network« verwiesen werden. Snyder resümierte ihre Arbeit: »My work suggests the Helsinki process was one factor that shaped Gorbachev's

thinking about human rights, self-determination, and nonviolence, all of which contributed to the demise of communism in Eastern Europe and the collapse of the Soviet Union.« [22]

Die in Mittel- und Osteuropa geführten intellektuellen Debatten zu den Konzeptionen einer friedlichen Revolution finden in der Literatur gleichfalls wenig Beachtung. In ihrer Studie zu den Beiträgen mitteleuropäischer Dissidenten zur politischen Philosophie des Umbruchs in Europa stellte Barbara J. Falk fest, dass die Reaktion des »professional mainstream« der westeuropäischen und nordamerikanischen »political thinkers ... had been minimal.« [23]

Die Rolle der Unabhängigkeitsbewegungen in den Republiken der Sowjetunion wird in der Literatur häufig ebenfalls völlig außer Acht gelassen. Hat diese Missachtung in Deutschland ihre Ursache vielleicht in dem Sachverhalt, dass aufgrund unserer Geschichte und unserer historischen Belastungen dem Thema »Nation« eine zu geringe Bedeutung beigemessen wird? Dieses erklärte viele Missverständnisse, die in Deutschland auch heute noch in Bezug auf mittel- und osteuropäische Staaten bestehen.

Starke Beachtung finden die Nationalbewegungen in der 2009 vorgelegten detailreichen und atmosphärisch sehr dichten Darstellung »Russland 1989. Der Untergang des sowjetischen Imperiums« von Helmut Altrichter. [24] Der Nachteil der brillanten Erzählung ist, dass sie erst 1988 einsetzt und die Entwicklung von informellen Strukturen dadurch von der Vorgeschichte weitgehend abgeschnitten und z. T. unverständlich bleibt. Eine Analyse von Querverbindungen und gegenseitigen Beeinflussungen fehlt. Auch ist die relativ ausführliche Darstellung der parallelen Vorgänge in den mittel- und südosteuropäischen Staaten etwas zusammenhanglos angefügt.

Die umfangreiche Studie »Nationalist Mobilization and the Collapse of the Soviet State« von Mark R. Beissinger, in der außerordentlich detailliert der Beitrag der Nationalbewegungen zur Desintegration der Sowjetunion analysiert wurde, unterschätzt wiederum andererseits den Beitrag, den die Umbrüche in den mittel- und südosteuropäischen Staaten zu eben dieser Entwicklung geleistet haben. Beissinger erkennt die Bedeutung eigenständiger Entwicklungen in den Staaten des sowjetischen Herrschaftsbereichs, wenn er die nationalen Revolten in der UdSSR zur Ursache der Umbrüche in Mittel- und Südosteuropa macht. »By fall 1989 the nationalist revolt against the Soviet State had flowed over to the Soviet Union's East European satellites, toppling communist regimes with astounding speed and asserting the national sovereignty of these states vis-à-vis the Soviet empire.« [25] Es bleibt das Verdienst der Arbeit Beissingers, das von kaum einem Analytiker zuvor erwartete Auseinanderbrechen des sowjetischen Imperiums auf den wesentlichen Faktor, die Nationalitätenfrage, zu beziehen. Beissinger unterstrich, dass das Unvorhergesehene Realität wurde: »Ironically, though few thought it possible only a few years before it happened, the prevailing view of Soviet disintegration today is that the breakup was inevitable.« [26]

Bis zu der bereits zitierten Studie Mark Kramers war der Einfluss, den die Veränderungen in Mitteleuropa, insbesondere der Systemwechsel in Polen, auf die Entwicklung in der Sowjetunion hatten, kaum Gegenstand von Analysen. »By contrast, almost nothing has been written about the impact of the changes in Eastern Europe on the So-

viet Union itself and about the way those changes contributed to the Soviet collapse.« [27] Für die zeitgeschichtliche Forschung in Deutschland gilt meines Erachtens dieses Verdikt auch heute noch.

Nicht nur in Deutschland wird die Rolle politischer Repräsentanten überhöht, besonders die Michail Gorbatschows. [28] Gegenüber Gorbatschow geschieht dies bei uns möglicherweise aus Gründen treuherziger Dankbarkeit für die erlangte Einheit. Die einseitige Fokussierung auf die formalen Strukturen war in Wissenschaft und Politik etabliert, hatte Folgen für die wissenschaftliche und politische Analyse und generierte in der politischen Realität erhebliche Anpassungsprobleme. In der Bundesrepublik war, zumal bei den politischen Eliten, vor allem in den siebziger und achtziger Jahren eine fast uneingeschränkte Fixierung auf die Regierenden und auf die legalen Strukturen der Staaten des »Ostblocks« klar erkennbar. Bei vielen Zeithistorikern ist die einseitige Konzentration noch heute feststellbar. Das Handeln der »Staatsmänner« blieb bislang der zentrale Gegenstand von Darstellungen zur Geschichte des Umbruchs in Europa.

Andreas Rödter beginnt das erste Kapitel seiner Geschichte der Wiedervereinigung »Deutschland einig Vaterland« mit dem biblisch anmutenden und an Arnulf Barings Buch »Im Anfang war Adenauer. Die Entstehung der Kanzlerdemokratie« erinnernden Diktum »Am Anfang war Gorbatschow«. Er setzte fort: »Seine Politik setzte einen ungeplanten Prozess in Gang, der binnen weniger Jahre in den Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums führte und der die deutsche Wiedervereinigung erst möglich machte.« [29]

Die Bedeutung Gorbatschows ähnlich hervorhebend stellte James Franklin Brown in seiner im Juni 1990 abgeschlossenen und damit sehr frühen Analyse »Surge to Freedom – The End of Communist Rule in Eastern Europe« zur Revolution in Mitteleuropa fest: »It could not have happened without Gorbachev. Yet it was more by his example, even his neglect, than his exertions.« [30] Brown schränkte in Bezug auf Mitteleuropa die Bedeutung der Rolle Gorbatschows selbst ein: »The revolution in East European policy, therefore, came about not through planning but through improvisation, making the best of a situation that increasingly got out of hand. Systemic change became system overthrow; increased autonomy became virtual independence.« [31]

Für Andreas Wirsching, der in seiner 2012 vorgelegten Arbeit »Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit« immerhin die »Selbstbefreiung des östlichen Teils Europas« konstatierte, war »Moskaus« Infragestellung lang tradierter Gewissheiten der kommunistischen Welt Ausgangspunkt der Entwicklung. Es war für ihn der »große Bewegter« Gorbatschow, der durch die von ihm angeblich betriebene »Liberalisierung« den Anstoß zum Wandel gab, und der den Lauf der Geschichte wie keine andere Einzelperson seit dem Zweiten Weltkrieg beschleunigte. Es resultierte ein Wandel, die der »Zauberlehrling« Gorbatschow dann allerdings nicht mehr kontrollieren konnte. [32] Die Antinomie von »Selbstbefreiung« und »Liberalisierung« wird bei Wirsching nicht thematisiert.

Andere Historiker fragten, wie Mary Elise Sarotte, »ob die Vereinigung Deutschlands ein ›Nebeneffekt‹ der Entscheidungen Gorbatschows war oder ein eigenständiges Moment, das zum Ende des Kalten Krieges und zum Zerfall der Sowjetunion beitrug.« [33]



Die umgekehrte Frage, ob nicht der mehrjährige Prozess des nicht durch Gorbatschow angestoßenen oder gar intendierten Zerfalls der Sowjetunion Grundbedingung des Umbruchs in der DDR und eine der besonders wichtigen Voraussetzungen der schnellen Vereinigung Deutschlands war, wird offenbar nicht gestellt.

Zu Gorbatschow wurde nur selten hervorgehoben, wie von Ehrhart Neubert, »dass er auch selbst getrieben und ein Produkt der Krise war. [...] Schließlich hat er nichts gewährt, was nicht zu dem Versuch gehörte, sein zerfallendes Imperium zu stabilisieren«. [34] Ich möchte Neubert zustimmen. Der nachfolgende Text dieser Publikation bietet hierfür ausreichend Belege: Gerade Gorbatschow war zunehmend ein Getriebener und nur zu Beginn seiner Amtszeit als Generalsekretär des ZK der KPdSU ein Impulsgeber des Wandels.

Es ist schon erstaunlich, dass auch Leonid Luks in seinem 2005 erschienenen Aufsatz mit dem Titel »Osteuropäische Dissidenten- und Protestbewegungen von 1956–1989 als »Vorböten« der friedlichen Revolutionen 1989–91« die Ursache des Wandels dann »eher« in der Politik Gorbatschows sieht, auch wenn er den Leistungen der Dissidenten und der Protestbewegungen zuvor ausführlich Referenz erwies und ihnen als Erfolg zuschrieb, die politische Kultur ihrer Länder verändert zu haben. »Einen Systemwechsel konnten sie allerdings nicht herbeiführen. Dafür reichten ihre Kräfte nicht aus. [...] So ereignete sich die Auflösung der kommunistischen Regime im Ostblock nicht in erster Linie unter dem Druck von unten, sondern sie war eher die Folge eines neuen außenpolitischen Konzepts der sowjetischen Führung.« [35] Dieses Position beziehende wenn auch letztlich immer noch vorsichtige Resümee des Eichstätter Historikers ist meines Erachtens dem Manko geschuldet, im Aufsatz nicht auf die Bedeutung und die historischen Hintergründe der nationalen Bewegungen in der Sowjetunion eingegangen zu sein.

Ein Getriebener war Gorbatschow auch aus einer völlig anderen Forschungsperspektive: Gordon M. Hahn stellte in seiner Studie »Russia's Revolution from Above – Reform, Transition, and Revolution in the Fall of the Soviet Communist Regime« die Entstehung konkurrierender horizontaler Strukturen in der KPdSU, insbesondere die Bildung formalisierter Parteiflügel und die Entstehung der Russischen Kommunistischen Partei (RRK), sowie die Konkurrenz zwischen Gorbatschow und Jelzin und die sich entwickelnde Polarisierung zwischen den administrativen Strukturen der Sowjetunion und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) in den Mittelpunkt. Die Nationalbewegungen und die historischen Bezüge ihrer Forderungen kommen bei Hahn nur am Rande vor, ein singuläres Ereignis wie »Tschornobyl« wird nur beiläufig erwähnt.

Auch die vorliegende Arbeit kann keine abschließende Antwort auf die Frage nach der Kausalität geben. Die Darstellung erhebt keinesfalls den Anspruch, ein verbindliches Deutungsmuster zu erstellen. Sie offeriert vielmehr einen zusätzlichen Ansatz, einen weiteren Beitrag zur Erarbeitung einer Gesamtperspektive mit dem Anspruch, zu weiterer Reflexion anzuregen. Letztlich war es wohl ein Bündel an Faktoren, das ursächlich für den Umbruch war. Diese Feststellung darf jedoch nicht als Resignation verstanden werden. Mit vorliegender Arbeit soll mindestens der Versuch unternommen werden, dieses Bündel aufzuschnüren.

Die Intention dieses Ansatzes kann anknüpfen an eine Aussage des Historikers Konrad H. Jarausch. Jarausch schrieb 1999 über den Stand der Forschung zur Krise des Kommunismus und zur Auflösung der DDR: »Der Prozeß des Umbruchs von 1989/90 ist so komplex, daß zwar viele der vorgelegten Deutungen einen wichtigen Teilaspekt beleuchten, aber erst ihre Integration in ein(e) Gesamtperspektive es möglich machen wird, sie gegeneinander abzuwägen und ihren jeweiligen Stellenwert bestimmen.« [36]

Im gleichen Band wies Martin Sabrow den Versuch als unzureichend zurück, die drei nachgenannten Faktoren einzeln oder auch zusammen für den Zusammenbruch der DDR verantwortlich zu machen. »Den Verlust der blockpolitischen Bestandsgarantie, den volkswirtschaftlichen Bankrott und die politische Gegnerschaft«. [37] Die Massenproteste und informellen Gruppierungen und Bewegungen bleiben bei Sabrow weitgehend ausgeblendet.

Für unseren Ansatz ist eine sehr kurz greifende Folgerung Sabrows bedeutsam und wird daher an dieser Stelle erwähnt. Er schrieb: »Den Zusammenbruch der ostdeutschen Diktatur mit dem Ende des sowjetischen Imperiums erklären zu wollen, führt also an den Tatsachen vorbei.« Sabrow verwies darauf, dass man die DDR nicht mit »blockpolitischen Deutungsmuster« zu einem »Okkupationsgebilde« oder »Satellitenstaat« ohne eigene Souveränität reduzieren darf. Er ergänzte, hier der Argumentation Wilfried Loths im gleichen Band folgend, dass sich die Sowjetunion spätestens am 10. Dezember 1981 von der Breschnew-Doktrin verabschiedet hatte, als das Politbüro des ZK der KPdSU ein militärisches Eingreifen in Polen ablehnte »und mit Andropow die Stärkung der Sowjetunion ohne Rücksicht auf das Schicksal ihres sozialistischen Staatengürtels als neue Hauptlinie definierte.« [38] Vielleicht etwas überpointiert konstatiere ich: Diese Begründung wäre 1989 sicherlich für Erich Honecker, Milouš Jakeš und andere Hardliner in den Führungen der mitteleuropäischen kommunistischen Parteien nachvollziehbar gewesen, denn sie hatten 1981 ein militärisches Eingreifen in Polen gefordert und haben die Entscheidung des Politbüros als Abweichen von der »internationalistischen Pflicht« gesehen. Zudem waren sie 1989 von Gorbatschow direkt informiert worden, dass die sowjetische Führung nicht mehr bereit war, ihre Regime militärisch zu stützen. Für die Bevölkerungen der Länder jedoch, auch für die Oppositionellen, war noch im Sommer 1989 unklar, ob es nicht doch zur »Chinesischen Lösung« bzw. zu einem militärischen Eingreifen des Regimes bei Unterstützung durch die Sowjetunion kommen würde. Auch bei gesellschaftlichen Akteuren in Mitteleuropa löste die von Loth und anderen Zeithistorikern für diesen Zeitpunkt für obsolet erklärte Breschnew-Doktrin noch Furcht und Vorsicht aus. Sie entfaltete demnach weiterhin politisch Wirkung.

Dem Resümee von Detlef Nakath, Gero Neugebauer und Gerd-Rüdiger Stephan in der Quellenedition »Im Kreml brennt noch Licht«, die in den zentralen Aussagen für viele Publikationen zum Umbruch in Europa repräsentativ ist, wird in der vorliegenden Arbeit ebenfalls nur zum Teil gefolgt. Die Herausgeber schlossen ihren einleitenden Text mit den bemerkenswerten Sätzen: »Die ›Diktatur des Proletariats‹ ostdeutscher Prägung brach zusammen, wie das gesamte nach dem zweiten Weltkrieg in Osteuropa von der Sowjetunion geschaffene und dominierte Herrschaftssystem zusammenfiel. Die allge-



meine Systemkrise wurde am Ende der achtziger Jahre deutlich. Zum Scheitern trug ein ineffektives und innovationsträges Wirtschaftssystem, mangelnde politische Demokratie und die nicht vorhandene Bereitschaft zur Durchsetzung individueller Menschenrechte bei. [...] Eine bis zu den Ereignissen in Polen 1981 übliche Praxis der Drohung bzw. Realisierung militärischer Mittel entfiel nach dem Machtantritt Gorbatschows. Der entscheidende Impuls dabei ging vom ›neuen Denken‹, der seit 1985 unter Gorbatschow veränderten außenpolitischen Strategie der Sowjetunion aus.« [39]

Ilko-Sascha Kowalczuk kam bei einem Vortrag am 31. Januar 2007 mit Bezug auf die DDR zu einem vorläufigen Fazit, dessen Zitierung wieder auf den Kern unseres Anliegen führen soll. »Nicht dieses oder jenes Einzelereignis, sondern ein Bündel aus inneren und äußeren Faktoren hat eine historische Situation reifen lassen, die [...] Ende der Achtzigerjahre Millionen Bürgerinnen und Bürger, die dem System und ihrer eigenen Unfreiheit überdrüssig waren, erwachen ließ. Wir erlebten 1989 eine Bürgerrevolution, die von den Mächtigen und Herrschenden nur begleitet werden konnte, der sie mehr nachrannten, als dass sie steuernd eingreifen konnten. Die handelnden Akteure saßen weder in den Regierungspalästen Ost- noch West-Berlins, weder in Bonn, Washington noch in Moskau, die Akteure dieser Revolution waren Menschen auf den Straßen und Plätzen in Ost-Berlin und Leipzig, in Plauen und Schwerin, in Prag und Warschau, in Bukarest und Tallinn, in Budapest und Sofia, in Riga und Vilnius.« [40]

Kowalczuk weist indirekt darauf hin: Auf den Straßen und Plätzen Mittel- und Osteuropas, dem »Ring« in Leipzig und dem Alexanderplatz in Berlin, dem Wenzelsplatz und dem Letná in Prag, dem Vingis Park in Riga, dem Platz vor dem Parlament in Vilnius, dem Manege-Platz in Moskau, am Zizernakaberd in Jerewan, dem Denkmal für die Opfer des Genozids an den Armeniern, auf dem Platz vor der Ivan Franko Universität in Lwiw, auf dem Lauluväljak bei Tallinn und an vielen anderen Orten kamen vor 1989, 1989 und bis 1991 häufig Hunderttausende zusammen. Diese Akteure gilt es besonders zu beachten. Ohne diese friedlich demonstrierenden Massen – häufig angesichts geballter Milizgewalt und aufgefahrener Panzer – hätten die Oppositionellen und die für nationale Unabhängigkeit eintretenden Aktivisten der Volksfrontbewegungen keine Durchsetzungskraft gehabt. Es ist zudem überaus beachtlich, in welcher atemberaubend schnellen Folge diese Massenmanifestationen stattfanden, z. T. am gleichen Tag in mehreren Metropolen. In der vorliegenden Arbeit wird die enorme Dichte dieser Ereignisse Gegenstand der Darstellung sein.

Nicht immer wurden diese Massenversammlungen von Vertretern oppositioneller Gruppen oder Nationalbewegungen geführt. Dennoch muss gerade diesen Gruppen und Bewegungen große Beachtung geschenkt werden, strukturierten sie doch zumeist den weiteren politischen Prozess. Helmut Fehr untersuchte in Fallstudien Bürgerbewegungen in Polen und der DDR, publiziert in »Unabhängige Öffentlichkeit und soziale Bewegungen« den Beitrag, den einzelne zivilgesellschaftliche Gruppen als kollektive Akteure für den Umbruch geleistet haben. Er geht davon aus, »daß es sich 1989 in Polen, in der DDR und in der Tschechoslowakei um Prozesse der kollektiven Massenmobilisierung handelt, die angebbare Vorbedingungen, Trägergruppen und revolutionäre Ergebnisse aufweisen. Bürgerbewegungen und soziale Bewegungen in Polen, in der Tschecho-

slowakei und in der DDR können als diejenigen kollektiven Akteure aufgefasst werden, die während der revolutionären Situation 1980 und 1988/89 in Polen und im Sommer und Herbst 1989 in der DDR, der Tschechoslowakei und Polen gestaltend in den Prozeß des sozialen Wandels eingegriffen haben.« [41]

Die zitierten Untersuchungen zur Rolle der Bürgerbewegungen und soziale Bewegungen in der DDR, Polen und in der Tschechoslowakei von Helmut Fehr wurden ergänzt und erweitert um eine Analyse von Padraic Kenney, der sich ausschließlich den »neuen sozialen Bewegungen« zuwandte. Kennneys Publikation »A Carnival of Revolution« ergänzte Fehrs Betrachtung um eine Konzentration auf die Anfang bis Mitte der achtziger Jahre entstandenen Graswurzel-Bewegungen, die sich in Mitteleuropa schlagartig verbreiteten, mit ihren neuen Aktionsformen einen »Carnival of anticommunist opposition« produzierten und die bestehenden Dissidenten- und Oppositionsgruppen ihrerseits zum Handeln zwangen. [42]

Die Gesamtheit der informellen Gruppen bzw. »independent political movements« in der Sowjetunion hatte der 1992 erschienene Sammelband von Geoffrey A. Hosking, Jonathan Aves, Peter J. S. Duncan, »The Road to Post-Communism: Independent Political Movements in the Soviet Union, 1985–1991«, im Blick. Die Autoren halten schon im Vorwort fest, dass obwohl die »Glasnost« und die Kooperation reformwilliger Angehöriger der Nomenklatura die Entstehungsbedingungen der informellen Gruppen verbesserten und ihr Aufblühen beförderten, »it is still the case that the new political agenda, the expansion of democratic and civil rights and the assertion of republican sovereignty and independence, was initiated from below and that the final result was the collapse of the USSR.« [43] Der Sammelband präsentiert leider nur sehr begrenzte Ausschnitte des Spektrums der Akteure und ihrer gegenseitigen Beziehungen.

Es ist die zentrale These auch meiner Darstellung, dass Dissidenten, Oppositionsgruppen, alternative Gruppen und nationale Bewegungen in vielfältiger Hinsicht wichtige, wenn nicht sogar die entscheidenden Akteure waren. Die Entstehung von »Zivilgesellschaften«, d. h. von gesellschaftlichen Strukturen, die die Basis einer freiheitlichen Alternative zu den diktatorischen bis totalitären Regimes in Mittel- und Osteuropa bildeten, war Voraussetzung für den Prozessverlauf von der Bipolarität, dem Systemgegensatz in Europa, zur Einheit des Kontinents.

Dem Resümee Jan Pauers in dem 2008 vorgelegten Sammelband »Prager Frühling«, demzufolge es eine Geschichtsmystifikation ist, »die Nachkriegsgeschichte in Osteuropa nur als den Kampf zwischen Demokraten und Kommunisten darzustellen«, kann andererseits auch zugestimmt werden. Diese Zustimmung soll hier jedoch etwas eingeschränkt werden. Pauer schreibt: »Die demokratischen Eliten wurden in Ostmitteleuropa im Zweiten Weltkrieg zerrieben. Ihre Schwäche war nach seinem Ende evident. Es ist auch eine Geschichte der millionenfach ausgeübten Anpassungen an die sozialen Pathologien des Alltags, der unwürdigen Kompromisse und der Flucht ins Private. Der Kommunismus war immer auch ein Besatzungsregime, ein imperiales Vorfeld der Sowjetunion. Es ist kein Zufall, daß das Ende des Kommunismus erst nach dem Zerfall desselben in Moskau möglich wurde. Diese Feststellung mindert in keiner Weise die Leistung der demokratischen Opposition in Osteuropa. Sie trug im gewaltigen Maß

dazu bei, daß unter den kommunistischen Eliten – besonders in Moskau – die Einsicht von der Perspektivlosigkeit des eigenen Systems die Oberhand gewann.« [44]

In der vorliegenden Publikation wird der Versuch vorgenommen – und dies begründet die oben erwähnte Einschränkung der These Pauers – zu belegen, dass es durchaus eigenständige Entwicklungen zur Herausbildung wirksamer zivilgesellschaftlicher Strukturen in Mittel- und Osteuropa gab, die einen wesentlich größeren Beitrag zum Umbruch leisteten, als im obigen Zitat deutlich wird.

Dieser Prozess begann wirkungsmächtig in Polen. Die Hervorhebung der Vorreiterrolle Polens bei der Entwicklung einer ›société civile‹ [45] ist eines der zentralen Anliegen dieser Publikation. Die Tatsache, dass in Polen mit der *Solidarność* erstmals eine organisierte Massenbewegung unabhängige Strukturen etablieren konnte und von der kommunistischen Regierung offen als Verhandlungspartner akzeptiert werden musste, ist Begründung genug für die vom polnischen Historiker Jerzy Holzer getroffene Feststellung: »Der Zerfall des kommunistischen Systems begann in Polen«. [46]

Ohne diesen Prozess des Zerfalls sowjetisch geprägter Herrschaftsstrukturen hätte es wohl kaum zur Revolution in der DDR kommen können. Es ist daher nicht nachvollziehbar, dass der ehemalige Bürgerrechtler Ehrhart Neubert in dem in Zusammenarbeit mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur 2008 herausgegebenen Buch »Unsere Revolution – Die Geschichte der Jahre 1989/90« eine Darstellung der Entwicklung in der DDR vorlegt, in welcher der Name Lech Wałęsa nicht einmal auftaucht. Auch Neubert ist indes klar, dass die DDR keine Insel in der Weite des Ozeans war. Er verweist auf die parallelen »Revolutionen der Freiheit« in Ostmitteleuropa, unterläßt jedoch weitere Hinweise auf diejenigen europäischen Zusammenhänge, die meines Erachtens für ein Verständnis des Zustandekommens der Einheit Deutschlands unverzichtbar sind.

Bei der Gewichtung von Akteuren der Umbrüche in der DDR und in den anderen Ländern Mittel- und Osteuropas ist Neubert eindeutig. Er hebt hervor, dass der »eigentliche Bewegter« der Revolution in der DDR das Volk war, »der große Lämmel, der von dem spannenden und auch trickreichen diplomatischen Machtpoker nicht viel verstand. Kohl hat durch seine Politik immer wieder Fakten geschaffen, die alles beschleunigten. Aber er und andere Politiker konnten dies nur, weil der Freiheitswille der ostmitteleuropäischen Völker zum unabweisbaren Gegenstand der internationalen Politik wurde. [...] Die ostmitteleuropäischen Völker waren nicht erst seit 1989 der Freiheit zugeneigt, sie waren es schon sehr lange. Manche Politiker misstrauten dieser Dynamik aber.« [47]

Für das Schicksal der DDR war sicherlich nicht allein die Entwicklung in Polen von Gewicht. Polen kommt zumindest jedoch eine besonders hervorzuhebende Bedeutung zu. Angesichts der Bedeutung Polens für den Umbruch in Europa kann es geradezu als eine List der Geschichte gelten, dass erstmals in Polen Andersdenkende als »Dissidenten« bezeichnet wurden. [48]

In der VR Polen, in der ČSSR und in der Sowjetunion haben sich die vom Westen als Dissidenten benannten Intellektuellen zumeist als »Andersdenkende« bezeichnet. »Anderes Denken ist ein Begriff, der nur in einer äußerst uniformen Gesellschaft entstehen konnte, welche die ›monolithische Einheit‹ politischen Denkens ihrer Bürger un-

terstellt.« [49] In der VR Ungarn war der Begriff »Andersdenker« gebräuchlich, der Begriff Dissident nicht. [50]

Marion Brandt ging in ihrer Habilitationsschrift »Für eure und unsere Freiheit?« in der Begründung der Vorreiterrolle Polens noch einen Schritt weiter: Die in den siebziger Jahren von Polen demonstrierte Fähigkeit zur Herausbildung einer sich selbst organisierenden Gesellschaft sah sie als Ausdruck eines politischen Selbstverständnisses, das seit der Zeit der »Rzeczpospolita«, der polnischen Adelsrepublik, über die Teilungszeit und über die Besatzungszeit des Zweiten Weltkrieges tradiert wurde. [51] Die Parole »Für eure und unsere Freiheit« wählte Marion Brandt für ihre Publikation, da »für viele Akteure und Sympathisanten ... die Solidarność-Revolution in Polen 1980/81 ebenfalls in der Tradition des nationalen Unabhängigkeitskampfes aus der Zeit des Vormärz« stand.« [52] Die vom polnischen Historiker Joachim Lelewel<sup>1</sup> stammende Parole, auf Polnisch »Za naszą i waszą wolność« und auf Russisch »За нашу и нашу свободу«, wurde erstmals während des polnisch-litauischen Novemberaufstandes von 1830/31 auf Bannern verwendet.

Einschränkend ist zu dem von mir gewählten Ansatz allerdings Folgendes anzumerken: Sowohl vor dem »historischen Bündnis« von Arbeitern und Intellektuellen in Polen im Jahr 1980 als auch nach der Erklärung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 gilt durchgängig das Diktum des ungarischen Ex-Andersdenkers, Historikers und Schriftstellers György Dalos: »Die Oppositionseliten in Ostmitteleuropa bleiben bis auf ein paar historische Momente [...] kontinuierlich isoliert. Sowohl in Bukarest, Prag und Ost-Berlin als auch in Budapest galten die Regimegegner in den »maßgebenden« Kreisen als »Spinner«. [53]

Diese »Spinner« sollten jedoch Wirkung haben. In seiner Einführung zu »Wechselwirkungen Ost-West« schrieb Hans-Joachim Veen: »Dissidenten sind Minderheitenvertreter schlechthin: 1978 höhnte die offizielle sowjetische Propaganda: ›Sie vertreten in der UdSSR niemanden außer sich selbst, diese 30 Mann von 260 Millionen.« (UdSSR, 100 Fragen und Antworten, Moskau 1978, S. 114.) Die Agitprop-Genossen hatten ganz unbewusst das Wesen und die Kraft der Dissidenten begriffen: ›Sie vertreten niemanden außer sich selbst.‹ Das sollte reichlich zehn Jahre später die Sowjetunion von der Landkarte tilgen!« [54]

Die Bezeichnung »Dissident« wird in meiner Darstellung aus Gründen des allgemeinen Verständnisses benutzt. Es ist jedoch erforderlich, zu erwähnen, dass es sich in erster Linie um eine Fremdbezeichnung handelt, die, wie Václav Havel 1978 feststellte, »von der westlichen Journalistik ausgewählt und als Bezeichnung eines Phänomens allgemein akzeptiert« wurde. [55] Havel selbst benutzt den Begriff »Dissident« nur zögerlich. »Ers tens ist diese Bezeichnung schon etymologisch fragwürdig: ›Dissident‹ bedeutet nämlich [...] ›Abtrünniger‹ – die ›Dissidenten‹ fühlen sich aber nicht als Abtrünnige, als

---

1 Joachim Lelewel: 22. März 1786–29. Mai 1861. Der Historiker Lelewel war Professor an der Kaiserlichen Universität Wilna (Vilnius) von 1815 bis 1824. Er wurde aufgrund seines Eintretens für die Unabhängigkeit Polens und für die Freiheit von der Regierung des Zarenreichs seines Amtes enthoben. Der prächtigste Saal der Bibliothek der »Vilniaus Universitetas« trägt seinen Namen.